

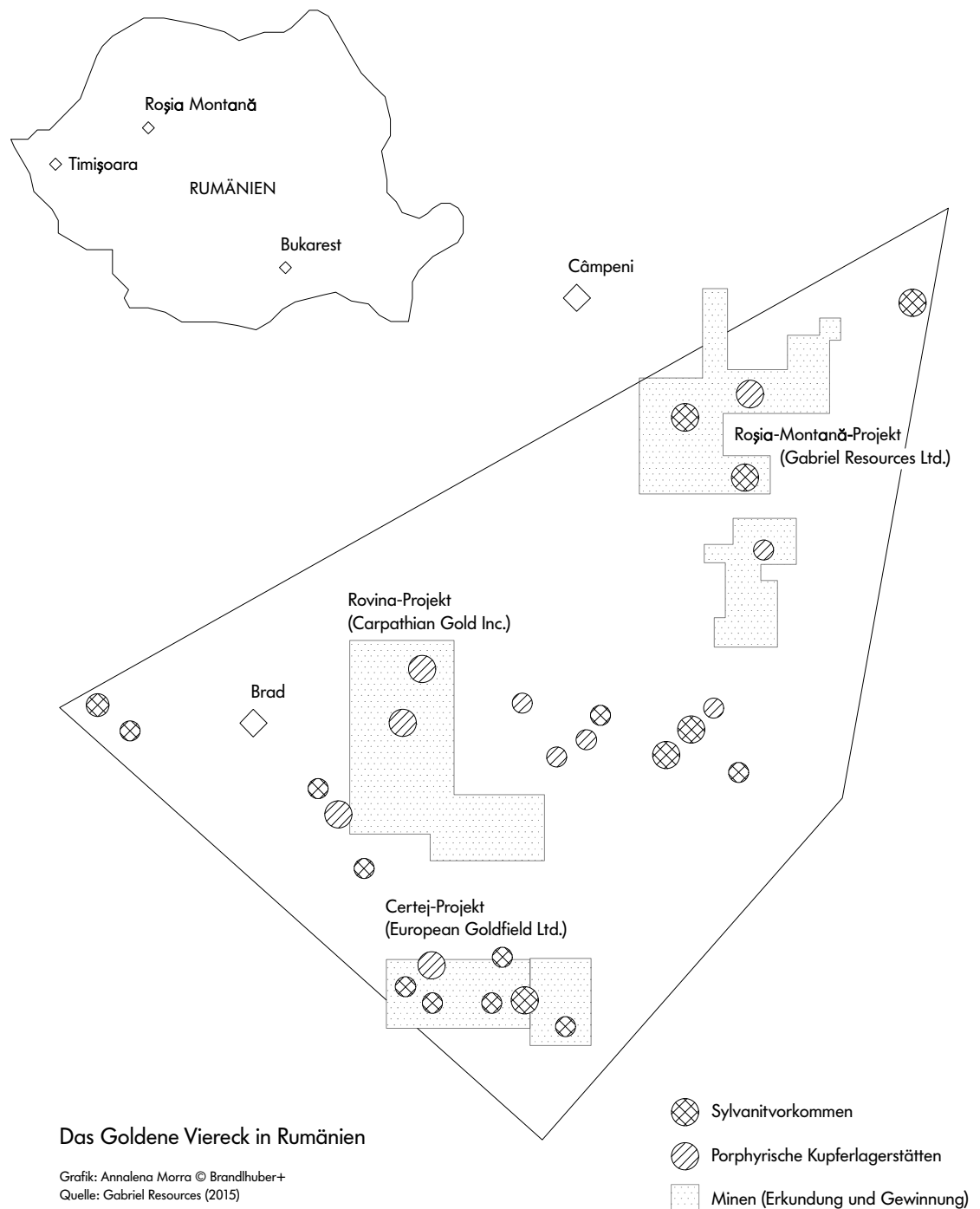
LAND GRABBING IN RUMÄNIEN

Oana Bogdan



Plakatwand in Brüssel mit „Save Roşia Montană“-Graffiti.
Während der Proteste in Rumänien wurde der Wahlspruch
international bekannt. © Oana Bogdan

Frühjahr 2017. Ich bereite mich auf eine Live-Schaltung im belgischen Fernsehen vor, in der ich über die Antikorruptions- und Rechtstaatlichkeitskampagne #rezist in Rumänien sprechen werde. Es ist mein vierter TV- und Radioauftritt seit die belgischen Medien durch meinen Wechsel in die Politik auf mich aufmerksam wurden. Am 19. Juli 2016 wurde ich – damals eine 39 Jahre alte, in Rumänien geborene und in Belgien lebende Architektin – überraschend zur Staatssekretärin im Kulturministerium der technokratischen Übergangsregierung Rumäniens berufen. Als Mitglied der Regierung von Dacian Cioloș war ich fortan für Denkmalschutz zuständig.



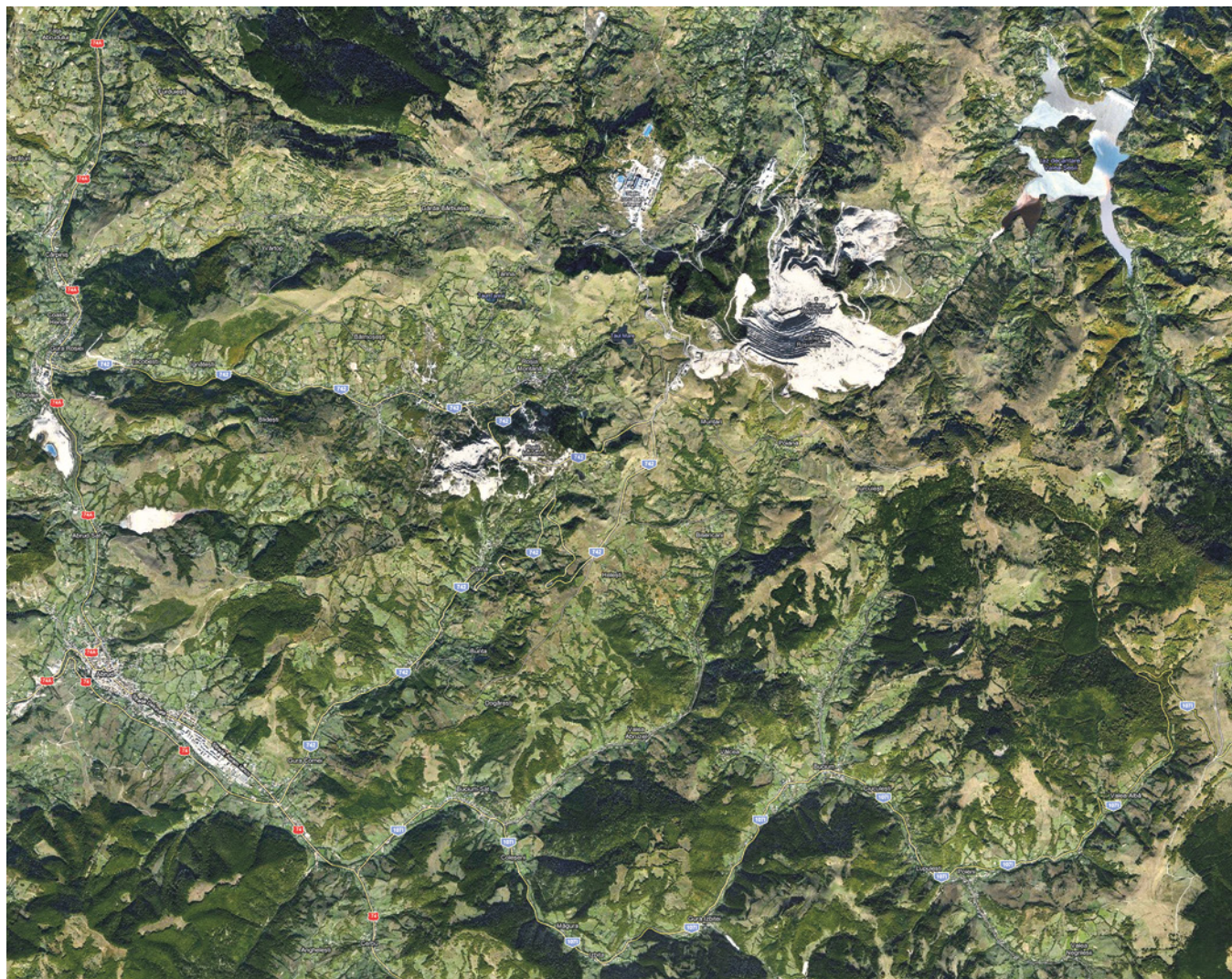
Die rumänische Bürgerrechtsbewegung #rezist setzt sich für die Unabhängigkeit der Justiz ein und fordert höhere Governance-Standards. Ihr primäres Ziel ist keineswegs eine Revolution. Sie versteht sich vielmehr als Teil einer vor Jahren begonnenen gesellschaftspolitischen Entwicklung. Im Jahr 2013 erreichte die Bewegung ihren Höhepunkt, als große Massen gegen die politisch-ökonomischen Interessenverflechtungen und die Korruption im Land auf die Straße gingen. Die Proteste sorgten auch dafür, dass das umstrittene Projekt zum Goldabbau in Roșia Montană, das die Westkarpaten starken Umweltgiften ausgesetzt hätte, zurückgezogen wurde.

Genau zu diesem Zeitpunkt wurde ich in Brüssel erstmals auf den Fall aufmerksam. Auf meinem Weg zur Arbeit entdeckte ich eines Morgens auf einem Werbeplakat die aufgesprühte Parole „Save Roșia Montană“.

Roșia Montană ist ein Bergbaudorf im Apuseni-Gebirge, inmitten des sogenannten ‚goldenen Vierecks‘, wo seit der Bronzezeit Gold abgebaut wird. Es ist eine der ältesten Bergbaustätten der Welt; von der Antike bis in die Moderne lebten dort traditionell Familien, die kleine Arbeitsgemeinschaften im Goldbergbau betrieben. Die

Verstaatlichung der Minen durch die kommunistische Regierung im Jahre 1948 führte zu einer Industrialisierung der Goldförderung, die von staatlicher Hand betrieben und zu Beginn des 21. Jahrhunderts aufgegeben wurde.

Nach einer undurchsichtigen Ausschreibung im Jahre 1995 wurde dem kanadischen Bergbaukonzern Gabriel Resources der Auftrag erteilt, in dem Gebiet um Roșia Montană das größte im Tagebau betriebene Goldbergwerk Europas zu errichten. Die Mine sollte sechzehn Jahre betrieben und das Gold mittels Zyanid aus dem abgebauten Gestein gewonnen werden – ein Akt irreversibler Natur- und Umweltzerstörung, der die Abtragung von vier Bergen und die Zerstörung mehrerer Dörfer bedeutet hätte, darunter auch Roșia Montană. Ein See mit hochtoxischer Zyanid-Lauge als Abfallprodukt des Abbaus hätte noch Generationen überdauert. Trotz ausstehender Genehmigung begann die Roșia Montană Gold Corporation, ein gemeinsames Unternehmen von Gabriel Resources und dem rumänischen Staat, für den geplanten Abbau Häuser und Land in Roșia Montană und darüber hinaus aufzukaufen. Ziel war es, das Dorf und dessen Gemeinschaft aufzulösen.



Luftbildaufnahme der Gemeinde Roșia Montană (links) und östlich davon die Kupfermine Roșia Poieni. © 2010 Google / Digital Globe

Mehr als einhundert Bewohner, deren Häuser sich auf dem projektierten Minengelände befanden, weigerten sich jedoch strikt, den Umsiedlungsplänen Folge zu leisten. Sie gründeten eine Bürgerinitiative, um für ihre Rechte einzutreten und zogen, unterstützt von Umweltschützern, Architekten und Rechtsanwälten, gegen die Roșia Montană Gold Corporation und die staatlichen Behörden vor Gericht. Die Initiative der Bewohnerinnen entwickelte einen Alternativplan, aufbauend auf Kulturtourismus und biologischer Landwirtschaft und machte durch Demonstrationen und eine Petition auf die Situation in Roșia Montană aufmerksam. Der Staat reagierte auf die Vorstöße und legte in den Jahren 2011 und 2013 Entwürfe für ein neues Bergbaugesetz vor. Dieses Gesetz hätte ungeachtet von Gesetzeslage, Gerichtsurteilen oder Vorgaben zur Bürgerbeteiligung privaten Unternehmen außerordentliche Rechte eingeräumt, einschließlich des Rechts, Enteignungen vorzunehmen. Es war offensichtlich, dass das Gesetz den Interessen von Gabriel Resources diene. Der älteren Generation Rumäniens, der die lange Geschichte staatlicher Enteignungen während der kommunistischen Ära noch präsent war, ging dies entschieden zu weit. Doch auch die jüngere Generation war besorgt wegen der Machtverschiebung zugunsten von Privatunternehmen. Im Stil der Occupy-Wall-Street-Proteste gingen sie deshalb 2011 auf die Straße. Ihre Parole lautete „Salvati

Roșia Montană“ (Rettet Roșia Montană). Die Kehrtwende der rumänischen Regierung kurz vor den Wahlen im Jahr 2013 verstärkte zusätzlich die Wut und den Protest in der Bevölkerung. Roșia Montană wurde zum Thema der täglichen Berichterstattung rumänischer Medien und sorgte schließlich auch international für Schlagzeilen.

Es war jener Moment, als ich 2013 in Brüssel die Parole „Save Roșia Montană“ entdeckte. Mir wurde bewusst, wie groß der Rückhalt war, nicht nur in der rumänischen Bevölkerung, sondern auch international, und wie viele Menschen sich der Protestbewegung inzwischen weltweit angeschlossen hatten. Die Resonanz lässt sich darauf zurückführen, dass die Menschen aus eigener Erfahrung genügend Beispiele für Landnahme, kurz *Land Grabbing*, durch aggressiv agierende Konzerne und korrupte Regierungen kennen. Durch den Druck nationaler und internationaler Umweltschutzorganisationen sah sich die rumänische Regierung schließlich gezwungen, das Bergbauvorhaben aufzugeben. Diesem Schritt ging über ein Jahrzehnt rigoren zivilgesellschaftlichen Protests mit Demonstrationen in einer Größenordnung, wie sie Rumänien seit dem Sturz des kommunistischen Regimes nicht mehr kannte, voraus. Das Bemerkenswerteste war, dass es einfache Menschen waren, die die für die beteiligten Unternehmer und Politiker lukrativen Pläne verhindert haben. Damals

wurde mir klar, dass sich das Land im Umbruch befand und wir die Geburt der rumänischen Zivilgesellschaft erlebten. Jener Teil der jüngeren Generationen, der die Revolution von 1989 nicht bewusst erlebt hatte, fand in der Kampagne und der Rettung von Roșia Montană den eigentlichen revolutionären Moment. Mihai Mardarev, ein 28-jähriger Architekt und Anhänger der „Salvati Roșia Montană“-Bewegung erklärte mir in einem Gespräch: „Nach den Diskussionen und der Teilnahme an den Protesten war der nächste Schritt, nach Wegen für einen gesellschaftlichen Wandel zu suchen. Viele junge Leute begannen sich damals in Gruppen zu treffen, um über bürgerschaftliches Engagement zu diskutieren. Meine Generation entwickelte mit den Protesten gegen das Land Grabbing in Roșia Montană ein echtes ziviles Bewusstsein. Die Bürgerinitiativen, die damals entstanden sind, haben mehr für Rumänien getan, als alles, was in den 24 Jahren seit dem Ende des Kommunismus in dieser Richtung sonst geschehen ist. Und es schließen sich in ihnen immer mehr Menschen zusammen, die einen wirklichen Wandel in Rumänien wollen.“

Bis zu den Geschehnissen im Jahr 2013 beschränkte sich meine Auseinandersetzung mit Rumänien auf sporadische Einblicke in einem universitären Kontext und der Teilnahme an diversen Preisgerichten im Rahmen von Architekturwettbewerben. Ich zählte zu den vielen, die ihr Land hinter sich ließen, um im Ausland zu studieren, ohne zurück zu blicken. Das Erstarken der zivilgesellschaftlichen Bewegung in Rumänien ließ mich meine Haltung überdenken und der Aufforderung Șerban Sturdzas folgen. Es war Sturdza, ein ehemaliger Dissident in der Zeit des Kommunismus und heute einer der anerkanntesten rumänischen Architekten und Aktivisten, der mich ansprach: „Du bist in Sighișoara geboren, einer Stadt mit einem unglaublichen UNESCO-Weltkulturerbe, die aber mit einer Menge Probleme zu kämpfen hat. Du schuldest Deiner Heimat etwas.“ Ich begann mich parallel zu meiner Arbeit als Architektin in Belgien für den Denkmalschutz in Sighișoara zu engagieren und gründete eine Bürgerinitiative – Sighișoara 2029 – mit dem Ziel, eine neue Perspektive für meine Heimatstadt zu entwickeln. Als mir im Jahr 2016 angeboten wurde, als Staatssekretärin der technokratischen Übergangsregierung von Dacian Cioloș beizutreten, nahm ich an. Zu meinen damaligen Aufgaben zählte auch die Einreichung eines Antrags für die Aufnahme der Kulturlandschaft Roșia Montană in die Welterbeliste der UNESCO.

2016 geriet Roșia Montană erneut in die Schlagzeilen. Gabriel Resources erhob vor dem internationalen Schiedsgericht der Weltbank Schadenersatzforderungen in Höhe von rund 4,4 Milliarden Dollar gegen den rumänischen Staat wegen der Blockierung des Projekts. Dies entspräche rund zwei Prozent des nationalen Bruttoinlandsproduktes. Der Fall „Gabriel Resources gegen Rumänien“ zeigt beispielhaft die negativen Folgen von Schiedsgerichtsverfahren, bei denen Unternehmen Staaten verklagen können. „Konzerne versuchen hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit Abkommen auszuhandeln, die in einem offenen politischen Prozess nicht durchzusetzen wären“, so der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz.¹

Dem Antrag auf Aufnahme Roșia Montanäs in die UNESCO-Welterbeliste durch die damalige Kulturministerin Corina Șuteu standen die enormen wirtschaftlichen Interessen des milliarden-schweren Goldminenprojekts entgegen. Entsprechend groß war der Druck seitens der Industrielobby gegen unseren Antrag. Doch auch die Zivilgesellschaft übte Druck aus und unterstützte mit Protesten und Petitionen die Aufnahme der Stätte in die UNESCO-Welterbeliste. Die Aufnahme würde den Staat dazu verpflichten, für die Welterbestätte einen Schutz- und Erhaltungsplan zu entwickeln, was für die Region finanzielle Zuschüsse, Arbeitsplätze und die Entwicklung

einer langfristigen wirtschaftlichen Perspektive bedeuten würde.

Gegen Ende der Amtszeit von Corina Șuteu reichte das rumänische Kulturministerium schließlich den UNESCO-Antrag zur Aufnahme von Roșia Montană in die Welterbeliste ein. Dieser Schritt war ein großer Sieg der Zivilgesellschaft.

Nach dem Ende der Regierungszeit nahm ich an der Platforma Romania 100 teil, einer Nichtregierungsorganisation, die von ehemaligen Mitgliedern der Übergangsregierung Dacian Cioloș gegründet wurde, um die bereits in Angriff genommenen Projekte fortzuführen. Ende August 2017 starteten wir zum Beispiel eine Kampagne gegen die Drohung des amtierenden Premierministers, den eingereichten Antrag zur Aufnahme auf die UNESCO-Liste zurückzuziehen.

Zwar wurde der Antrag nicht zurückgezogen, doch brachte das rumänische Wirtschaftsministerium am 12. Oktober 2017 erneut einen Gesetzentwurf ein, der die Bestimmungen zum Bergbau aus den Jahren 2011/2013 bekräftigte. Sollte dieses neue Gesetz, das Firmen mit einer Bergbaulizenz den Erwerb von Grundbesitz erlaubt, tatsächlich in Kraft treten, würde dank beschleunigter Enteignungsverfahren die Umsetzung von Projekten wie in Roșia Montană bedeutend erleichtert. Die Geschichte des Land Grabbing in Roșia Montană und anderswo setzt sich fort. Aufgrund mangelnder Transparenz beim Grundstückserwerb ist es schwierig, das Ausmaß des Land Grabbing in Rumänien genau zu erfassen. Studien besagen jedoch, dass heute große Teile der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen des Landes in ausländischem Besitz sind, was negative Folgen für den rumänischen Arbeitsmarkt und die Umwelt hat.

Das Beispiel von Roșia Montană zeigt, dass das Gemeinwesen, sobald es sich auf sein Grundrecht bezieht, sich gegen eine ausufernde und hemmungslose Globalisierung zur Wehr setzen kann. Dazu zählt auch das Recht auf Wahrung des Kulturerbes.

Im Grunde gibt es keine klaren gesetzlichen Bestimmungen, die Land Grabbing verhindern. Das heißt die Umsetzung des Roșia-Montană-Projekts schritt voran, obwohl die Besitzverhältnisse in dem geplanten Bergbauareal nicht geklärt waren und Ortsansässige sich weigerten, ihr Land zu verkaufen. Das Vorhaben konnte schließlich nur gestoppt werden, weil sich unter diesem Land kilometerlange Bergbaustollen aus römischer Zeit befinden und diese

historische Stätte in Rumänien seit 1992 unter Denkmalschutz steht. Regionen mit wertvollen kulturhistorischen Zeugnissen haben somit größere Chancen, verschont zu bleiben.

Der Fall Roșia Montană ist zum Symbol für die Verteidigung des Gemeinguts geworden. Wir müssen die vorherrschende Idee von Eigentum neu definieren, und Architekten können, wie im vorliegenden Fall, eine entschei-

dende Rolle spielen bei der Suche nach neuen Wegen, um ein Umdenken zu bewirken und nach mehr Solidarität auf globaler Ebene zu streben. Daher werde ich meinen nächsten Auftritt im Fernsehen mit einem Aufruf an die Architekten verbinden, sich in Fragen der Governance und der Politik stärker zu engagieren.

Der Fall Roșia Montană ist zum Symbol für die Verteidigung des Gemeinguts geworden.

¹ Joseph Stiglitz: „Developing countries are right to resist restrictive trade agreements“, in: *The Guardian*, 8.11.2013, www.theguardian.com/business/2013/nov/08/trade-agreements-developing-countries-joseph-stiglitz (Stand: 2.2.2018)



Blick von der Wetterstation Roşia Montană im Apuseni-Gebirge auf den künstlichen See Tăul Mare, der Teil des hydrotechnischen Systems für die Verarbeitung von Golderz ist. © Adrian Balteanu



Kurzer Abriss zur Geschichte des Land Grabbing in Rumänien

Land Grabbing setzte in Rumänien nicht erst mit dem Kapitalismus ein. Nachdem Alexandru Ioan Cuza 1859 in Personalunion zum Fürsten von Moldau und der Walachei gewählt worden war – aus dieser Verbindung ging zwei Jahre später das Fürstentum Rumänien hervor –, setzte er eine der mutigsten Maßnahmen in der modernen rumänischen Geschichte durch: die Säkularisierung der kirchlichen Besitztümer. Diese Agrarreform fand nach 1918 eine Fortsetzung, als vielen Kriegs-

heimkehrern ein Stück Land zur Verfügung gestellt wurde. Als die Kommunisten an die Macht kamen, enteigneten und verstaatlichten sie den Grund und Boden. Die Periode, in der privater Grundbesitz in Rumänien verbreitet war, war also vergleichsweise kurz, weshalb die rumänische Bevölkerung kaum die Möglichkeit hatte, sich an das Konzept des Grundeigentums und die möglicherweise damit verbundenen Vorteile zu gewöhnen. Die extremste Form des Land Grabbing – verbunden mit der Verletzung fundamentaler Menschenrechte – fand unter dem kommunistischen Regime statt. Von 1949 bis 1962 führte die kommunistische Partei eine Zwangskollektivierung durch, in deren Verlauf so gut wie alle Agrarflächen konfisziert und in staatlich betriebene landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften überführt wurden. Nach chaotischen Anfängen stagnierte dieser Prozess zwischen 1953 und 1956, nahm einen neuen aggressiven Anlauf, bis Generalsekretär Gheorghe Gheorghiu-Dej im April 1962 offiziell das Ende des Kollektivierungsprogramms verkündete (zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehr als 90 Prozent der Agrarflächen kollektiviert). Viele betroffene Landwirte, egal ob arm oder reich, widersetzten sich diesen Maßnahmen. Wer Widerstand leistete, erlebte gewaltsame Repressionen, wurde ermordet, verlor sein Vermögen, wurde verhaftet oder deportiert. In den Gebirgsregionen konnte man allerdings noch viele nicht kollektivierte Höfe finden. Die sozialistische Planwirtschaft im Agrarbereich führte allmählich in eine Versorgungskrise, die noch nach dem Sturz des kommunistischen Regimes spürbar blieb – trotz aller unternommenen Anstrengungen, den Agrarsektor mit der Rückkehr zum privaten Grundbesitz anzukurbeln. Nach dem Ende des Kommunismus wurde 1991 ein Gesetz zur Land-

reform erlassen. Das Gesetz stellte etwa vier Millionen Besitzurkunden, meist mit der Eintragung sämtlicher Erben eines Anwesens, aus. Dies bedeutet, dass der Kauf oder Verkauf der Zustimmung sämtlich eingetragener Eigentümer bedarf. Die Reform zog außerdem eine Aufspaltung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in 15 Millionen Parzellen nach sich, von denen die Hälfte je weniger als zwei Hektar groß sind. Die gegenwärtige Struktur der rumänischen Landwirtschaft ist ein Spiegel der Landesgeschichte und der mehrfach erfolgten sozialen und politischen Umbrüche: der Kollektivierung während des Kommunismus, der Liberalisierung in den 1990er-Jahren und des Beitritts zur Europäischen Union 2007. Wobei ab dem 1. Januar 2014 auch der Erwerb landwirtschaftlicher Flächen durch Ausländer erlaubt wurde. Dies führte zu einer großen Kluft zwischen kleinen bäuerlichen Familienbetrieben – Rumänien weist die größte Zahl von Bauernhöfen in der ganzen EU auf, die meisten mit einer bewirtschafteten Fläche von unter zwei Hektar – und einer Agrarindustrie großen Stils mit bis zu 250.000 Hektar Land im Besitz eines einzigen ausländischen Großkonzerns. Die hohe Bodenqualität, niedrige Preise und eine Gesetzgebung, die den internationalen Erwerb von Agrarland erleichtert, schaffen attraktive Rahmenbedingungen für Investoren. Zudem zieht die gemeinschaftliche Agrarpolitik in Form von EU-Subventionen ausländische Investoren an. Die Zuschüsse werden auf Hektarbasis gewährt, was großflächige Landwirtschaft begünstigt. Der Landerwerb geschieht im Übrigen nicht nur durch Agrarkonzerne, sondern auch durch Banken und private Pensionsfonds, die seit der Bankenkrise von 2008 nach günstigen Gelegenheiten suchen, um die Portfolios ihrer Investments weiter zu diversifizieren.



Die Kupfermine Roșia Poieni hat sich tief in den Berg gefressen. Still aus dem Dokumentarfilm *Roșia Montană – Dorf am Abgrund* von Fabian Daub, 2012